Österreichischer Städtebund

Resolution
an den
Österreichischen Städtetag 2011

„Starke Städte, starke Regionen – klare Aufgaben, faire Finanzen“

Österreichs Städte und Gemeinden sorgen vor: Sie stellen eine international vorbildliche kommunale Infrastruktur zur Verfügung – Gesundheit, Soziales, Jugend, Kultur, Bildung, Integration, Sport, Trinkwasserversorgung, Müll- und Abwasserentsorgung sind allesamt Leistungen im öffentlichen Interesse, die die Kommunen auf höchstem Niveau erfüllen – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Österreichs Städte und Gemeinden sind Wirtschaftsmotoren: Sie investieren pro Jahr rund 2 Milliarden Euro, schaffen Arbeitsplätze und unterstützen damit die heimischen Klein- und Mittelunternehmen, die das Rückgrat der Wirtschaft vor Ort bilden. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise für Österreich abzufedern.

Österreichs Städte und Gemeinden sehen sich auch als wichtige Akteure im europäischen Einigungsprozess und sind Knotenpunkte in den neu entstehenden europäischen Netzwerken, wie zum Beispiel dem Donauraum oder künftig auch dem Alpenraum.

Österreichs Städte und Gemeinden als regionale und überregionale Zentren erfüllen diese Aufgaben nicht nur für ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Menschen des Umlandes. Von der kommunalen Infrastruktur profitieren auch all jene, die aus den Regionen einpendeln, um zu arbeiten, um Kindergärten, Schulen oder Hochschulen zu besuchen, und die Theater-, Sport-, Gesundheits-, oder Sozialeinrichtungen zu nützen.

Diesen Tatsachen wurde in den letzten Finanzausgleichen nur unzureichend Rechnung getragen. Denn während die Menschen immer mobiler werden, orientiert sich der Finanzausgleich noch immer am längst überholten Prinzip der Einheitsgemeinde und in der Verteilung der Mittel überwiegend an der Bevölkerungszahl. Die heutige komplexe und differenzierte Gesellschaft mit ihren vielfältigen Anforderungen an die öffentliche Hand, die über die früheren Pflichtaufgaben weit hinausgehen – man denke nur an die verschiedenen Dienstleistungen und Förderungen für die Wirtschaft - , lässt diese Grundprinzipien als überholt erscheinen. Weiters steht das Grundprinzip der vermischten Finanzierung verschiedener öffentlicher Aufgaben einem bedarfsorientierten Finanzausgleich entgegen.

Österreichischer Städtebund

In den vergangenen Jahren haben der Bund und vor allem die Bundesländer den Städten und Gemeinden immer mehr und neue Aufgaben übertragen. Die Kosten dafür wurden nur unzureichend ersetzt. Der finanzielle Spielraum von Städten und Gemeinden hat sich auch dadurch zunehmend verkleinert.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Schieflage in der Verteilung der Geldmittel noch deutlicher sichtbar geworden: In den vergangenen zwei Jahren sind die Anteile der gemeinschaftlichen Steuern (Ertragsanteile) eingebrochen, und dieser massive Einnahmentfall belastet – trotz nunmehr wieder steigender Ertragsanteile – die kommunalen Haushalte in Zukunft auch weiterhin. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für Städte und Gemeinden besonders im Bereich Soziales und Gesundheit sowie Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) stark an. Die Einrichtung eines Pflegefonds ist ein erster wichtiger Reformschritt. Weitere, tiefgreifende Strukturreformen müssen folgen: Denn die Transferzahlungen an die Bundesländer machen inzwischen bis zu 50 Prozent der Ausgaben der Städte- und Gemeindehaushalte aus.

Zusätzlich führt die Aushöhlung der gemeindeeigenen Steuern zu weiteren Einnahmeausfällen: Während die gemeindeeigenen Steuern vor 20 Jahren noch rund 40 Prozent der Steuereinnahmen einer Stadt bzw. Gemeinde ausgemacht haben, sind es jetzt nur mehr 20 Prozent.

Ohne einschneidende strukturelle Veränderungen wird sich die negative Entwicklung der Städte- und Gemeindefinanzen weiter fortsetzen und in absehbarer Zeit dazu führen, dass Städte und Gemeinden die ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben in wichtigen Bereichen nicht mehr im vollen Umfang erfüllen können.

Nur umfassende Strukturreformen können dazu führen, dass Städte und Gemeinden das hohe Niveau der Leistungen in der Daseinsvorsorge halten können.
Der Österreichische Städtebund fordert daher Bund und Länder dringend dazu auf, gemeinsam mit Städten und Gemeinden die erforderlichen Reformschritte einzuleiten:

Klare Aufgaben: Es muss eindeutige Zuständigkeiten zwischen den Gebietskörperschaften geben, damit aber auch eine klare Finanzierungsverantwortung. Nur so sind die radikale Entflechtung der Transferströme und die Abschaffung von intransparenten Kofinanzierungen und Mehrfachzuständigkeiten möglich. Beispiel: Kinderbetreuung durch Städte und Gemeinden, Gesundheit und Soziales durch die Länder.

Faire Finanzen: Aufgaben- und Ausgabenverantwortung gehören zusammengeführt. Nur ein aufgabenorientierter Finanzausgleich garantiert auch eine faire Mittelverteilung – es ist unzeitgemäß, Geld ausschließlich nach Köpfen zu verteilen, es müssen die tatsächlichen Aufgaben und Leistungen finanziert werden. Der Österreichische Städtebund fordert daher eine grundlegende Reform

des Finanzausgleichs mit besonderer Berücksichtigung der zentralörtlichen Aufgaben.

Gerechte Steuern: Die gemeindeeigenen Steuern müssen modernisiert und verfassungsmäßig abgesichert werden. Es kann nicht sein, dass die Steuern der Kommunen von Bund und Ländern durch Ausnahmebestimmungen und Nicht-Aktualisierung ausgehöhlt und zunehmend sogar von Verfassungswidrigkeit bedroht werden.

Und letztlich ein **„Städterettungsschirm“** von rund einer Milliarde Euro, der als Akutmaßnahme betroffenen Städten und Gemeinden durch Zwischenfinanzierungen zu Liquidität verhilft. Dies könnte etwa über die ÖBFA geschehen, die ja schon Finanzierungen für den Bund und die Länder abwickelt.

Die BürgermeisterInnen sowie die Delegierten des 61. Österreichischen Städtetages bekennen sich zu ihrer Verantwortung und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur sparsamen und effizienten Mittelverwaltung, sehen sich jedoch außer Stande, die genannten strukturellen Defizite alleine und aus eigener Kraft auszugleichen.

Der Österreichische Städtetag fordert die verantwortlichen PolitikerInnen auf Bundes- und Landesebene auf, sich gemeinsam mit den Vertretern der Städte und Gemeinden für ein „kommunales Hilfspaket“ einzusetzen, um den Erhalt eines leistungsfähigen kommunalen Systems zum Wohle der Bürger und Bürgerinnen in unseren Städten und Gemeinden auch in Zukunft zu garantieren.

St. Pölten am 26. Mai 2011